

für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in der Zukunft klar.

Vor zwei Jahren noch wurde der Parlamentarialsammler als charakteristischer nationaler Kampf geführt, wurde den deutschen Sozialdemokraten, die den Eintritt in eine Einheitsfront aller Deutschen ablehnten, mit dem nationalen Salzen gedroht wegen ihres Volksvertrags — und heute ist die vollständige Einigung des Bürgertums alle Nationen fast Tatsache. Vor zwei Jahren noch kämpften tschechische und deutsche Sozialdemokraten gegeneinander — und nun bereiten sie einen gemeinsamen Kongress vor.

Vor zwei Jahren noch nationale Fronten — und heute internationale Klassenfronten! So rasch hat die Verstärkung der Klassengegenseite, mit das rasende Tempo der Klassenentwicklung die vermeintlichen und die vorgebührten nationalen Interessen beiteigenvorworf, hat im Bürgertum und im Proletariat das Klasseninteresse besiegt!

J. H.

Nur für die höheren Beamten

D. Der Haushaltsausschuss des Reichstages beschloss am Donnerstag zunächst mit dem § 34 des Beamtenbeauftragungsgesetzes, der bestimmt, daß Änderungen der Entlohnungsbedingungen der Beamten durch den Reichspräsidenten erfolgen. Die Anträge der Sozialdemokraten auf neuen geplanten Erhöhung wurden abgelehnt. Die Regierungsspitze blieb wie sie war. Teil des Haushaltsgesetzes.

Zum weiteren Verlauf der Sitzung stand u. a. ein Antrag der Regierungsspitze auf Erhöhung des Entgelts der Regierungsspitze um 30 %. Im Debatte. Dieser Antrag wurde schließlich abgezogen, nachdem der Reichsfinanzminister erklärt hatte, daß Änderungen der Vorlage, die zu einer Erhöhung der Gehaltskosten führen würden, für die Regierung unannehbar seien. Das Abkommen sei im übrigen mit der Erhöhung der Gehälter für die höheren Beamten einverstanden, aber nicht in ihrer Höhe, diese Erhöhung auch für die mittleren und unteren Beamtengruppen in Anwendung zu bringen. Der Vertreter der rechtsradikalen Regierung erklärte demgegenüber, daß Preußen eine Erhöhung lediglich für die höheren Beamten ablehne und um gegenwärtige Rücksichtnahmen gegenüber den mittleren und unteren Beamtenstufen stellen müsse.

Die im Zusammenhang mit dieser Diskussion von der Sozialdemokratie gestellten Forderungsanträge für die unteren und mittleren Beamtenstufen wurden schlußendlich wie bisher von den Regierungsparteien restlos abgelehnt.

Wie gebrokt, so gesogen!

Nur der Vollständigkeit halber sei hier verzeichnet: In der Stadt, immer und überall die Sozialdemokratie zu bekämpfen, bringt das Berliner Kommunistenblatt einen Bericht über den Geschäftsausschusssitzung des Reichstages unter folgender Titelzeile:

„SPD. gegen kommunistischen Antrag auf Einstellung des Verfahrens gegen die SPZ.“

Im Text des Berichts steht nichts weiter darüber: „In der dann folgenden Abstimmung wurde der kommunistische Antrag (auf Einstellung des Verfahrens) gegen die Stimmen der Kommunisten und der Sozialdemokraten abgelehnt.“

Dem Kommunistenblatte war also der wirkliche Zustand voll im Bewußtsein. Es ist in der Tat der kommunistische Antrag Hollstein-Strauburg, Drucksache 3710, mit 15 gegen 10 Stimmen abgelehnt worden. Bei den zehn Ja-Stimmen befinden sich auch die unser Freunde. Trotz dieser besseren Kenntnis bringt das Blatt eine Titelseite im Zeitdruck, die das Gegeuteil den Lesern einpacken soll.

Annäherung im Öffekonflikt

T. Genf, 8. Dezember. (Eig. Auskunft.) Die Mitglieder des Völkerbundes hielten am Donnerstag nachmittag eine geheime Sitzung ab, zu der auch der litauische Ministerpräsident Waltemaras hinzugezogen wurde. Dabei kommt eine Annäherung des polnischen und litauischen Standpunktes festgestellt werden. Vorher hatte sich der Rat mit Streitfragen zwischen Danzig und Polen beschäftigt.

T. Genf, 8. Dezember. (Eig. Draht.) Der Völkerbundrat befahlte sich am Donnerstag zwei Stunden lang mit dem Schulkonflikt in Oberschlesien. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, kam der Rat auf Antrag Deutschlands überein, eine Entscheidung des Haager Schiedsgerichtshofs herbeizuführen.

T. Genf, 9. Dezember. (Eig. Draht.) Aus dem Saargebiet ist eine Delegation von Vertretern der Parteien, darunter bei Sozialdemokratie, in Genf eingetroffen, um an die Mitglieder des Rates zu appellieren. Es handelt sich dabei vor allem um den am 2. Dezember ausgebrochenen Eisenbahndarbietstreit, der infolge der Meigerüste des Präsidenten der Regierungskommission, des Kanadiers Wilson, mit den Gewerkschaften über eine Lohnrechnung zu verhandeln, eine wesentliche Verschärfung erfahren hat.

150 000 Kriegsbeschädigte verkommen

S. London, 8. Dec. (Eig. Draht.)

Der Abgeordnete der Arbeitspartei Peter Sonnenburg, Vorsitzender der internationalen Bewegung der Kriegsbeschädigten, berichtete am Donnerstag dem Präsidenten des Balkan ein von 150 000 britischen Staatsangehörigen unterzeichneter Petition, in welcher die Unterzeichneten förmlich erklären, keinerlei wie immer gräßliche Krieg, oder Kriegsbefreiungleistung auszubauen.

Während des Krieges haben schon einige hundert Arbeitspartei, die jetzt mehr in führender politischer Stellung stehenden Kriegsbeschädigten verweigert und dafür (zum Teil in Reaktion) im Gefängnis gesessen. Sie fordern jetzt in der Petition, daß England schaffe und eine Friedenspolitik betreibe, die unter allen Umständen einen neuen Krieg verhindere und unmöglich mache. Die 150 000 Unterzeichneten schwören, niemals einen Finger für irgendwie geartete Menschenmorde zu richten.

Der Weg für eine Gesamtabschlüfung

Der aus Vertretern des Generalsekretärs der britischen Gewerkschaften und des Parteivorstandes der britischen Arbeiterpartei zusammengesetzte sogenannte Bandesrat — wie und weiter und Lanham gemeint wird — eine Einigung an, durch welche die britische Regierung aufgefordert wird, die russischen Entschließungsverschläge unter dem Gesichtspunkt einer Übung des Weges für eine Weltausbildung einer ernsthaften Erwirkung zu unterziehen.

Letztes Mittel.

In Potsdam steht eine Gefangenenkette neuerdings für Unruhen.



Es hilft nichts mehr. Diese Patienten können nicht einmal die Potsdamer gesund beten!

Zumut wegen Elsaf

P. Paris, 9. Dezember. (Eig. Auskunft.)

In der Kammer kam es am Donnerstag nachmittag zu großen tumulten. Wobei die meisten elsaß-lothringischen Abgeordneten, einem Wunsche Voynars entsprechend, auf das Wort verzichteten, hielt der Kommunist Hueber eine schwarze Rede, mit der er großen Unwillen bei denburgerlichen Mehrheit erzeugte und tumultuous Widerstand auslöste. Wie früher unter Deutschland, so gab es auch heute wieder, erklärte er, eine elsaß-lothringische Krise, da Frankreich die gewünschten Versprechungen nicht gehalten habe. Die Elsäser dachten aber nicht daran, sich den Vätern ihrer Väter zu unterwerfen. Voynars rief hier dem Redner zu, er gehörte sich als Vertreter des Wiederaufbaus an Deutschland. Am weiteren Verlauf der Sitzung erhielt Hueber einen Redningsort, als er erklärte, die Elsäser seien zu Elsaf verhängt worden. Das Elsaf verlangt nur sich das Selbstbestimmungsrecht der Elsäser. Als Hueber schließlich erklärte, die Bekämpfung, daß Frankreich das Elsaf bereit halte, sei eine Lüge, wurde der tumult so groß, daß er nicht weitergesprochen konnte. Der Präsident teilte mit, daß die Rede nicht in das amtliche Signingsprotokoll aufgenommen werde und unterbrach die Sitzung, als Hueber weitersprechen wollte.

Die Kriegsbeschädigten verkommen!

P. Paris, 9. Dezember. (Eig. Draht.) Anlässlich einer Diskussion über den Pensionenstaat befaßte sich der kommunistische Abgeordnete Puelos u. a. mit den Möglichkeiten in der Verwaltung des Kriegsbeschädigten. Er wies dabei auf die unverhältnismäßig große Sicherlichkeit unter den Kriegsbeschädigten hin, die nach seiner Angabe eine Folge der unzureichenden Versorgung sei. Nach Strümmer als bei der Zahlung der Pensionen nicht so bei der Verweigerung der Rentenangestalte. So seien im ganzen 645 000 Kriegsbeschädigte abgewiesen worden, davon eine große Zahl zu Unrecht.

Wer sind die Verschwender?

Von Heinrich Ströbel, D. d. R.

Baron Gilbert, der Reparationsagent, hat Deutschland dringend zur Sparfamilie in allen öffentlichen Aufwendungen ermahnt. Mit dem Schuldenmann im Ausland könne es so nicht weitergehen. Reich, Staaten und Gemeinden dürften sich nicht länger auf das Kreditinstitut verlassen, sondern müssten sich nach der Decke ihrer steuerlichen Einnahmen strecken. Auch die Bumpiratheit des Privatunternehmertums sei vom Lebel. Was die deutsche Wirtschaft an Kapital zur Führung und zum Ausbau ihrer Betriebe brauche, müsse sie durch Sparmaßnahmen zu erlangen suchen, durch Mindezung der Steuern und — das sagt zwar der Reparationsagent selbst nicht, aber das schreit das deutsche Unternehmertum selbst um so lauter in die Welt hinaus — durch Niedrighaltung der Löhne.

Dem Reparationsagenten ist ein Bundesgenosse vor allem auch in dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht erstanden, dem „Demokraten“. Nachdem er schon in einem Artikel „Selbstkontrolle“ den einseitigen Unternehmerstandpunkt vertreten hatte, ist er jetzt in einem Vortrag in Bonn, dessen Thema „Eigene oder geborgte Währung“ lautete, der angeblichen Verschwendungs sucht der Gemeinden zu Leibe gerückt. In Übereinstimmung mit Baron Gilbert (der ja erst durch dergleichen offizielle Darstellungen und die bekannten Unternehmerbenennungen zu seinen einseitigen und irriegen Aufstellungen gebracht worden ist) behauptet er, daß die Städte „nicht eine einzige kommunale Auslandsanleihe hätten aufzunehmen brauchen“, wenn sie ihre „Zugausgaben bzw. nicht dringlichen Ausgaben unterlassen hätten“. An solchen „Zugausgaben“ führt er an den Bau von Stadien, Schwimmbädern, Festhallen, Hotelbauten, Bureauhäusern, Planetarien, Fliegplätzen, Theater- und Museumsbauten, Kreditgenossenschaft und Beteiligung an der Privatwirtschaft“.

Wie man sieht, wirft Herr Schacht alles wie Kraut und Rüben durcheinander in den großen Topf der Ausgabenumfrage. Sicherlich an Fliegplätzen, Festhallen, Stadien und dergleichen hätte vielleicht gelöst werden können, aber diese Zugaben sind ja gerade durch jene Sportfreude veranlaßt worden, die von den reaktionären Regierungsstellen aus militärischen

Das Moskauer Rezessgericht

„Widerruf“ und „hundertprozentige Kapitulation“

Der kommunistische Parteivorstand beschloß am Freitag der Opposition eine Resolution, die besagt, daß die Unterschiede zwischen der Partei und der Opposition nicht mehr sozialistischer, sondern prokommunistischer Art seien. Daher verzage sich das weitere Eintritt für die oppositionellen Ideen und irgendwelche Propaganda oppositioneller Ansichten nicht mit einem weiteren Verbleiben in der Partei.

Vorher hatte Stalin in seinem Schlußwort nochmals erklärt, daß die Partei unbedingt einen Widerruf seitens der Opposition fordere und auf hundertprozentiger Kapitulation bestände.

Durch diese ersten Beschlüsse ist der Opposition jegliche Verbreitung ihrer Ideen, jegliche Aktivität an der Partei unmöglich gemacht, sowohl innerhalb wie außerhalb der Partei. Wer oppositionelle Ideen vertritt, gilt als ausgeschlossen aus der Partei.

Diese vorläufige Zwischenregelung bis zu den endgültigen Anträgen des Sonderausschusses, den der Kongress für die Anträge der Partei eingelegt hat, ist zunächst eine unverhältnismäßige Antwort auf unnamenlose Gefährdung, daß die Opposition „in der Partei bleibt“ und sich dem Kongress fügen möchte, aber weiterhin „ihre Ansichten beibehalten“ werde. Wer in der Partei bleiben will, hat nur die von der Stalin-Elique vorgeschobenen Ansichten zu vertreten. Nur er andere, so muß er sich sagen. Wer jetzt einmal feierliche Ansichten ausgesprochen hat, muß in idem sein.

Wie in der tschechischen Kirche! Nein, viel schlimmer, denn wer in Russland aus der bolschewistischen Partei ausgeschlossen wird, auch außerhalb der Partei nicht mehr politisch sprechen und wirken, da jede andere Partei, als die bolschewistische, verboten ist. Der Parteiausschluß ist also das politische Todesurteil.

Eine wahrhaft gesegnete Diktatur!

Die Opfer der Judenpogrome. Bei den Studentenmärschen in Großwardein wurden insgesamt fünf Personen getötet und etwa 70 verletzt. Zwei Hotels, drei Cafés und mehrere Geschäfte sind vollkommen zerstört worden.

Gründen verbreitet worden ist. Das meiste von dem, was sonst Demokrat Dr. Schacht sonst als „Virus“ ausgibt, dient der unentbeherrlichen Pflege der Volksgesundheit oder gewinnwirtschaftlichen Zwecken, also Aufgaben, deren Vernachlässigung nur ein krasser kapitalistischer Fanatismus empfehlen kann.

Der Herr Schacht ist und was er und seinegleichen wollen, das hat denn auch schon anlässlich seines Auftrages „Selbstkontrolle“ der Vorwärts mit erfreulicher Deutlichkeit ausgeprochen. Privatkapitalistische Sonderinteressen des Schwerkapitals und der Großagrarien allein seien es, für die Dr. Schacht den Schriftsteller spielen. Die Schwerindustrie habe das Geld, wolle aber keine Steuern zahlen. Sie habe in der Regierung die Macht und wolle die öffentlichen Unternehmen finanziell so gründlich kontrollieren, daß sie ihnen als reiche Frucht in den Schoß fielen. Die Agrarier, die eine wahre Länderei wirtschaften, wollten erst recht keine Steuern zahlen. Die Kritik des Reparationsagenten diene dieser ganzen Scharmascherpolitik lediglich zum Vorwand, um jede vernünftige Steuer- und Wirtschaftspolitik zu vereiteln.

Um nichts anderes geht es in der Tat. Man will die Warnung des Reparationsagenten dazu ausnutzen, um die Steuerdrückebergerei des Reiches vollends auf die Spieße zu treiben, um den steuerlichen Kostenanteil der proletarischen Massen noch zu erhöhen, um Löhne, Angestellten und Beamtengehälter möglichst niedrig zu halten, um der Gemeinwirtschaft und der kommunal Sozial- und Kulturpolitik vollends das Genick zu brechen.

Und das alles unter der Vorwegstellung, daß der Besitz allgemein überlastet sei. Dazu gehört angeblich der aus der amtlichen Steuerstatistik feststellbaren Tatfrage, daß die Besitzsteuern einschließlich der Grund- und Gewerbesteuern nur von 2598 Millionen Mark im Jahre 1918 auf 3477 Millionen Mark im Jahre 1925 gestiegen waren, also um ganze 34 Prozent, die Massensteuern dagegen von 1460 auf 6623 Millionen Mark, also um 354 Prozent (und seit 1925 ist's noch schlimmer geworden!), zwar eine unglaubliche Unverantwortlichkeit, aber der deutsche Besitzbürgertum